

Das übrige Geld ging wieder drauf. Für Gips, Material und Löhne. Breker will alles selbst bezahlt haben. Aus Idealismus.

„Und wieviel Vermögen haben Sie jetzt, Herr Professor?“, fragte die brekerbeeindruckte Vorsitzende.

„Eine Mark vierzig!“

Im Urteil wurde das Selbstgeständnis gewürdigt. Ganze 100 DM Sühne. „In Anbetracht der Mittellosigkeit des Künstlers.“

Zum Antifaschisten konnte Frau Doktor ihn nicht machen. Das wollte der Kläger nicht. „Aber geholfen hat der Betroffene vielen“, meinte sie. „28 Deutschen, 23 Franzosen, 3 Polen und 3 „Amis.““

„Es steht fest, daß Prof. Breker als größter Bildhauer Deutschlands zu gelten hat“, sagte sein Verteidiger. Und der blondmäh-nige Advokat fügte hinzu: „Jeder Künstler kann aus der Konjunktur Gewinne ziehen.“ Daß Breker zufällig Vizepräsident der Reichskammer der bildenden Künste geworden sei, habe sein Mandant damals überhaupt nur am Radio erfahren. Wann er Pg geworden sei, habe auch der Kläger nicht feststellen können. Und Breker wußte es selbst nicht mehr. Goldenes Parteiabzeichen „nur pro forma“. Da Gustav Gründgens, Paul Hartmann und Oskar Strauß auch in Gruppe V gerutscht seien, könne man „keine Ausnahme machen“.

Der Kläger war für Gruppe II, Nutznießer. Weil Breker sein Können willenslos in den Dienst der Nazis gestellt habe. Die Kammer möge bestimmen, daß der Professor, da er mittellos sei, doch wenigstens als Äquivalent seines 3 1/2-jährigen Aufenthaltes in Donauwörth ein steiner-nes Andenken für die Allgemeinheit hinterlasse.

Urteil: Mitläufer, beinah Gruppe V.

Begründung: Breker hat „als Künstler von Format“ nie die Grenze des üblichen Einkommens überschritten. Auch sein Schloß — Einrichtungskosten 450 000 RM — war „nur Geburtstagsgeschenk“ seines obersten Chefs Adolf für einen Künstler, der dem Staat „schon erhebliche Dienste geleistet hatte“.

„Es sei Recht eines Künstlers, Aufträge anzunehmen“, behauptete Dr. Helene Vogt. Sie argumentierte: „Was wäre geschehen, wenn der Professor alles abgelehnt hätte?“

In der Pause verteilte der mittellose Arno an ehemalige Schüler und Freunde Ami-Zigaretten. Seine Frau ließ durch einen Boten das bestellte Siegesmahl ankündigen.

Strahlend verließ „Kolossal-Breker“ die Kammer. Schon dreieinhalb Jahre hat er „nichts mehr schaffen können“. Die Zeitungen seien daran schuld.

Weltliche und kirchliche Kreise

Grad gefreut hat's ihn

Vor Monaten schon ist Alois Hundhammer vom Heiligen Vater empfangen worden. Und selbst Ochsen-Sepp (der CSU-Landesvorsitzende Josef Müller), als Franke in oberbayrischen Augen schon beinahe ein Protestant, kann sein vor dem Papst in Rom gebeugtes Knie in Bayerns politische Waagschale werfen. Da war es dann ganz klar für Josef (Pepperl) Baumgartner, daß seine Bayern-Partei ohne Audienz beim Papst vor den Augen der Wählerschaft nicht länger bestehen konnte.

Nach vielen heftigen Attacken kam auch wirklich „von weltlichen und kirchlichen Kreisen“ die Einladung in den Vatikan für den BP-Vorsitzenden.

Am Abend vor der Abreise noch be-stellte er den just aus der CSU geschiede-

nen Bezirksvorsitzenden von Oberbayern Staatsrat Fritz Schäffer, in seine Wohnung. Dort hatten sich zuvor schon die zwei rauhesten „Gscherten“ der Bayern-Partei, Kriminalkommissar a. D. Ludwig Lallinger und Dentist Kettner (früher Kreisboxer, jetzt Kreisverbands-Geschäfts-führer (München) eingefunden.

Spitze Worte massierten den früheren CSU-Mann Fritz Schäffer, der jetzt mit der BP flirtete: „Auf Sie haben wir noch gewartet, Herr Schäffer. Jetzt, wo wir vor der Machtübernahme stehen, wollen Sie daherkommen!“

Auf dem Heimweg begrub der zarte Alt-Staatsrat Staatspräsidentenpläne (als Kandidat der Bayern-Partei) und beschloß, ein eigenes „bayrisches Zentrum“ zu gründen. Baumgartner konnte sich in der Beruhigung gen Rom wenden, bei seiner Rück-kehr keinen neuen Führer der Bayern-Partei vorzufinden.



Vierzig Minuten sitzend
Sohn Baumgartner

Auf der Landesausschuß-Tagung der Bayernpartei, die sich das vergangene Wochenende in Bad Kissingen etabliert hatte, erzählte Pepperl Baumgartner eine Stunde lang von seiner Rom-Reise: Mordsfreundlich sei der Papst gewesen und grad gefreut habe es ihn, daß die Bayern-Partei noch christlicher sei als die CSU. „Auf die Schultern hat er mir am Schluß geklopft und gesagt: Mein Sohn Baumgartner, grüße das bayrische Volk von mir.“

Vierzig Minuten hat die Privat-Audienz auf der päpstlichen Sommerresidenz Castell Gandolfo gedauert, und Ochsen-sepp war nur fünf Minuten lang stehend empfangen worden. Das bedeutet einen politischen Erfolg für die Bayern-Partei.

Neue Weisungen vom Vatikan an den bayrischen Klerus können nun die poli-tische Struktur Bayerns auf den Kopf stellen.

Die Auffassung, Bayerns Situation werde sich in nächster Zeit durch Einfluß von außenher wenden, beherrschten auch die Beratungen von Kissingen. Der angekündigte Volksentscheid zur Landtagsauf-lösung wurde deswegen zurückgestellt.

Allerdings nicht nur deswegen. SPD und Bayern-Partei behaupten zwar seit lan-gem, der Bayrische Landtag entspräche

nicht mehr dem Willen der Wähler (die Gemeindevahlen lieferten in der Tat Hand-haben für diese Behauptung). Aber in eben diesem Landtag hat die CSU die absolute Mehrheit. Mit dieser Mehrheit wird er ein vom Ochsen-sepp inspiriertes Gesetz über den Volksentscheid verabschieden.

Es fordert zur Einleitung eines Volks-begehrens auf Volksentscheid erst einmal einen Initiativantrag mit 50 000 von den Bürgermeistern beglaubigten Wählerunter-schriften (in der Weimarer Republik ge-nügten 5000). Um den Landtag aufzulösen, muß die antragstellende Partei zwei Drit-tel der wahlberechtigten Bayern unter-schreiben lassen. Unter dem Schutz dieses Gesetzes wäre der Bayrische Landtag bis in alle Ewigkeit vor seinen Wählern sicher.

Der Einfluß von außen, auf den die machtergriffene Bayern-Partei hofft, wird von der Militär-Regierung erwartet, die diesem Gesetz ihr o. k. verweigern werde. An ein Erfolgs-Begehren ist unter den vor-bereiteten Gesetzes-Bedingungen schon gar nicht zu denken, solange Bayern-Partei und SPD allein begehren und der CSU-abtrünnige Staatsrat Schäffer mit seinen oberbayrischen Noch-CSU-Funktionären und deren Wählern die BP meidet

Als 15 für Schäffer und die Seinen re-servierte Stühle in Kissingen leer blieben, rupfte Baumgartner nervös seine blaue, römische Krawatte und sprach gedehnt, aber durchaus wohlüberlegt: „Meine Herren, wie lange können wir unsere Kes-sel noch am Kochen halten? Denken Sie daran, Hitler wäre selbst mit seinen 107 Reichstagsabgeordneten auf die Dauer nicht zum Zuge gekommen, wenn nicht durch Papens Schlappe und Hindenburgs Weichheit ihm der Kanzlerposten zu Füßen gelegt worden wäre. Die nächste Wahl wäre für ihn katastrophal geworden, denn kein Mensch in Deutschland hätte mehr an seine Machtübernahme geglaubt. Wir sind heute leider in einer ähnlichen Lage, wenn wir auch keine Nationalsozialisten sind.“

Der Schreckschuß aus Baumgartners Wohnung sitzt, wie sich in Kissingen gezeigt hat, Schäffer und seinen Oberbayern noch lähmend in den Knochen.

In das Wunschbild der bevorstehenden Machtübernahme konnte Baumgartner als neues Dessin Kundgebungserfolge mit 4000 bis 6000 Besuchern einzeichnen (in Städten, wo die SPD 25 bis 50, die CDU 120 bis 160 Besucher anlockte). Im Triumpfgefühl dieser Zahlen verfaßte der Landesausschuß sein Dokument für das Kultusministerium, in dem gefordert wird, das Lied „Gott mit Dir, Du Land der Bayern“ in den Unterrichtsplan der bay-rischen Schulen aufzunehmen.

Eines allerdings bereitet der Bayern-Partei Unbehagen: Von Ochsen-sepps Gehirn-trust wurde unlängst die Fabel aus-gestreuft, wenn die Russen kämen, würden die Mitglieder der Bayern-Partei zuerst aufgehängt.

Eine Art Bremse

Republik Deutschland

Choralmusik, getragen von Geigen, Celli und Piano, drang harmonisch durch die hellbraun gebeizte Tür des Raumes 179. „Ausschuß für Wahlrechtsfragen“ stand auf dem weißen Schild. „Freunde, welche Töne?“ rief ein CDU-Abgeordneter, der mit seinen Kollegen zu einer Aus-schußsitzung im 2. Stock des großen Betonkubus der Bonner Pädagogischen Aka-demie ging.

Von dem parlamentarischen Ratslärm aus ihrer Akademie vertrieben, hatte die jüngste Volksschullehrergeneration Bizoniens ihre Prüfungen außerhalb ihrer Akademie ablegen müssen. Nur die Protestanten durften zum Dankgottesdienst ausnahmsweise noch einmal in ihren großen Musiksaal.

An einen Dankgottesdienst für die Verfassunggeber Westdeutschlands nach getaner Arbeit ist noch nicht zu denken. Sie arbeiten mit einer Sorgfalt, als solle ihr Werk Jahrhunderte gelten. Ihr Grundproblem heißt: Gemäßigter oder extremer Föderalismus.

In den Ausschußberatungen und durch taktische Manöver der Parteileitungen hat sich dieser rote Faden zu einem gordischen Knoten verschlungen. Schon nach der großen Generaldebatte in der zweiten Plenarversammlung war jedoch klar, daß keine Partei diesen Knoten mit dem Schwerte, d. h. durch eine Kampf abstimmung lösen will. „Eine Verfassung ist nur möglich, wenn sie von der breitesten Mehrheit getragen wird“, sagte Ratspräsident Konrad Adenauer schon damals.

27 zu 27 stehen sich die Hauptparteien SPD und CDU im Rat gegenüber. Wenn sie sich nicht einigten, dann würde bei der Entscheidung für eine Seite durch Splitterstimmen den kleinen Parteien ein unangemessener Einfluß zufallen.

Zum Symbol des Kampfes zwischen „Zentralisten“ und „Föderalisten“ ist die Zweite Kammer geworden.

Die Zentralisten erkennen dem deutschen Staatsvolk die Urheberkraft für einen Staat zu, der sich, um die innere Verwaltung zu erleichtern, in eine Reihe von Verwaltungseinheiten, die Länder, teilt. Die Funktionen dieser Länder verteilt nach eigenem Ermessen der Gesamtstaat, er hat also die sogenannte „Kompetenz-Kompetenz“.

Die konsequenten Föderalisten sehen die staatsbildende Kraft bei der Vielzahl von Ländern, die sich freiwillig zu einem deutschen Staat (er wird endgültig „Republik Deutschland“ heißen) zusammenschließen und diesem Staat an Funktionen nur das zubilligen, was er als Dachorganisation zum Ausgleich der Länderinteressen unbedingt braucht.

Der prominenteste Verfassungsmann der SPD, Carlo Schmid, steht, obwohl Fraktionssprecher, den Föderalisten am nächsten. Den Gedanken, der Staat solle nur dort auftreten, wo eine andere menschlichere Institution außerstande ist, für das Gemeinwohl das Erforderliche zu tun, entlehnt der zwar antimarxistische, doch sozialistische Staatsrechtler Schmid dem liberalen Staatsgedanken. Er dient ihm indessen nicht als Argument für den Föderalismus, denn auch und gerade im Bereich des kleinen Landes stoße der Mensch auf staatliche Bürokratie.

Für den Föderalismus stimmt ihn, daß „die Anteilnahme der Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Dinge um so größer zu sein pflegt, je enger und gefühlsbetonter für den einzelnen der Raum ist, in dem sie geschehen.“ Deshalb: Das Land als Träger politischer Aufgaben, wo sie „ohne Schaden für das Ganze“ im kleineren Bereich gelöst werden können. Aber: Planung von oben für wirtschaftliche und soziale Gleichheit in allen deutschen Ländern.

Der föderalistische „Rheinische Merkur“ will Schmid's „zweifelnde Haltung“ zum Föderalismus an dem Verfassungsentwurf seines Bonner Stellvertreters Walter Menzel erproben. Der nordrhein-westfälische Innenminister und Severing-Schwiegerohn, Haus-Verfassungstheoretiker der SPD, will nämlich keinen Bundesrat, sondern einen Senat.

GERLING

verdient Vertrauen



Im freien Leistungswettbewerb finden GERLING VERSICHERUNGEN in allen Kreisen Anklang. Man schätzt sie wegen ihrer Leistungskraft und ihrer Anpassungsfähigkeit an besondere Versicherungsbedürfnisse

W

Gegen aufgesprungene Haut, rote Hände, macht matt und geschmeidig



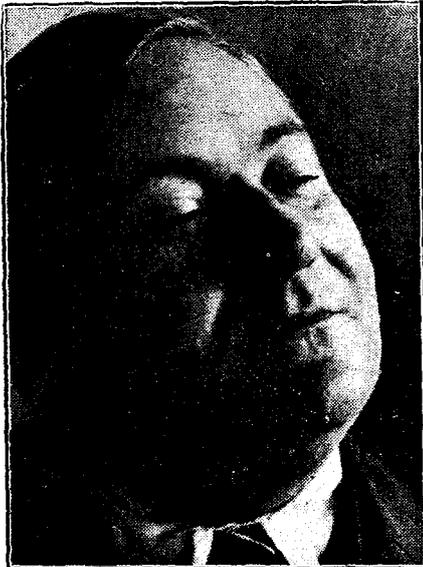




KAMP
Silberhals
KÖLNISCH WASSER
TAGES-CREME

ALEX KAMP & CO. K.-G. NÜRNBERG

Die Föderalisten wollen als zweite Kammer einen Bundesrat, den die Länderregierungen stellen. Der Bundesrat soll als Gegengewicht gegen die zentralisierende allgemeine Volkskammer die Länderinteressen verfechten, vor allem die der Länderregierungen. Es sei, sagen die Föderalisten, eine unumstößliche Tatsache, daß die Verwaltungspraxis manchmal anders aussehe, als die Grüne-Tisch-Weisheit eines reichseinheitlichen Parlaments. In manchem Landtag schon habe ein Minister



Wir bestehen darauf
Zweifelhafter Schmid

anders stimmen müssen, als seine eigene Fraktion.

Menzels Senat wäre keine Repräsentation der Regierungen, sondern der Länderparlamente; eine verkleinerte Wiederholung der Parteikonstellation also, die „den flüchtigen Schwankungen der auftraggebenden Länderparlamente ausgesetzt ist“ (Rheinischer Merkur).

Im Endeffekt würde bei einer solchen Gliederung nach föderalistischer Ansicht die Entscheidung nicht in den Kammern, sondern in den Parteibüros liegen.

Im Herren-Chiemsee-Entwurf ist die Frage „Bundesrat oder Senat“ nicht geklärt worden. „Der Bundesrat — Der Senat“ läßt der Entwurf unter V die Wahl offen. In Artikel 66 CDU-föderalistischer Prägung besteht der Bundesrat aus Mitgliedern der Länderregierungen, die durch ihre Regierungen bestellt und abberufen werden.

Artikel 67 der SPD fordert „Wahl der Senatoren durch die Landtage im Verhältnis der Parteimandate“. Die Fürsprecher des Senats wollen der 2. Kammer eine gewisse Kontinuität dadurch geben, daß sie nur alle sechs Jahre wählen lassen, dafür aber alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder ausscheiden. Damit bestünde in Deutschland die Form des „ewigen Senats“.

Wieviel Mitglieder jedes Land in die 2. Kammer entsenden soll, ist ebenfalls noch umstritten. Die Föderalisten fordern, daß alle Länder zahlenmäßig gleich vertreten sein sollen, um den bevölkerungsmäßig schwächeren Süden gegen den „zentralistischen“ Norden nicht zu benachteiligen.

Als in einer der ersten Tagungen des großen Organisations-Ausschusses, dessen Vorsitzender, der nordrhein-westfälische CDU-Protestant Dr. Robert Lehr, einen

Vermittlungsantrag einbrachte, nach dem man die Zweite Kammer gemischt Regierungsvertreter und durch die Landtage gewählte Senatoren entsenden sollte, hatte er bei seiner Partei unangenehme Stunden. „Wir können doch nicht schon mit einem Kompromißvorschlag beginnen, wenn die SPD starr an ihrem Prinzip festhält“, rief man auf der Fraktionssitzung.

Anton Pfeiffer fuhr übers Wochenende nach München und kam mit gestärktem Rücken zurück. Das bayerische Kabinett bestehe auf dem uneingeschränkten Bundesratsprinzip, erklärte er seinen CDU-Freunden, deren nordischer „verpreußter Teil“ unter Konrad Adenauer bedenkliche Neigungen zum Senat habe.

Das zeigte sich besonders auf der ersten interfraktionellen Besprechung, in der sich die CDU mit den Abgeordneten der zentralistischen FDP und des föderalistischen Zentrums besprach. In einem längeren Referat lehnte Dr. Adenauer die Entweder-Oder-Haltung ab und zeigte offen seine Neigung für den Senat.

Für ihn ist nicht die Frage „Senat oder Bundesrat“ entscheidend. „Die drei entscheidenden Sicherungen der föderativen Verfassung sind Kompetenzverteilung, Regelung der Finanzgewalt und Erschwerung von Verfassungsänderungen.“

Der neugebildete SPD-Parteivorstand, der sich im Böhmschen Hotel in Mehlem bei Godesberg mit den zwei Männern um Carlo Schmid traf, proklamierte erst: „Die SPD spricht sich gegen ein volles Zweikammer-System aus.“ Dann platzte wenige Tage später die Nachricht, die SPD sei bereit, „im schlimmsten Falle“ auch einem Bundesrat zuzustimmen — „vorbehaltlich der Veto-Frage“.

Noch umkämpfter als die Zusammensetzung ist nämlich die Funktion der Zweiten Kammer. Im Chiemseer Konvent-Bericht gab es bereits drei Varianten und in Bonn hat sich daran nicht viel geändert.

„Sollen die beiden Kammern gleichberechtigt sein?“ „Auf keinen Fall“, antworten die Gemäßigten, die nicht nur in der SPD sitzen. Es ist eines der erstaunlichsten Kennzeichen der Bonner Besprechungen, daß die Gegensätze weit weniger zwischen den Parteien als zwischen deren Flügeln ausgetragen werden müssen.

Für die Gemäßigten ist die „Volkskammer“, wie nach dem Vorschlag des Organisationsausschusses die Erste Kammer getauft werden soll, das eigentliche Gremium. Die Länder-Kammer, also die Zweite, soll nur eine Art Bremse gegen vorschnelle Entscheidungen sein.

Hier scheint kein Kompromiß mit der SPD mehr möglich. „Wir haben schon genug nachgegeben“, sagen ihre Abgeordneten übereinstimmend. „Wir bestehen darauf, daß das Veto der Länder-Kammer durch eine Zweidrittel-Mehrheit der Volkskammer überstimmt werden kann“, sagt Carlo Schmid.

Die Kommunisten brüten im Augenblick noch über einen sensationellen Knüller. In ihrer Schublade liegt eine fertige Vorlage, die dem Bund, föderalistischer als selbst die Bayern, nur vier Grundkompetenzen zugestehen will.

Da die Kommunisten nun eigentlich wilde Einheitsfanatiker und Zentralisten sind, wäre aus dieser Vorlage nur die eine Schlußfolgerung zu ziehen: Eine Einigung und spätere Vereinigung zwischen West- und Ostdeutschland erscheint ihnen nicht ausgeschlossen. Für diesen Fall wollen sie verhüten, daß ihre fünf SED-Länder der Ostzone von einer starken antikommunistischen Reichsgewalt überfahren werden könnten.

Da kam der Koch

Durch den Tunnel

Ein kleines Weihnachtsgeschenk“, sagte Ilse Koch, als offenbar wurde, daß sie, die Kz-Kommandeuse von Buchenwald und Gefangene der amerikanischen Armee, Ende September 1947 ein Gefängniskind bekommen werde. Nach der amerikanischen „Newsweek“ hatte entweder einer der fünf Mitangeklagten, zu denen sie zugegebenermaßen intime Beziehungen hatte, oder ein polnischer Wachmann Weihnachten 1946 ihre Gefängniszelle durch einen Tunnel erreicht. Nach Andeutungen der „New York Herald Tribune“ kommt allerdings auch eine amerikanische Vaterschaft in Frage.

Ehe noch das erste Rätsel Ilse Koch gelöst ist, gibt die tizianrote, grünäugige Sphinx von Buchenwald ein zweites auf: Die Begnadigung von lebenslänglicher zu vierjähriger Haft mit der offiziellen Begründung der Unbeweisbarkeit verschiedener Grausamkeiten, die dem Urteil als Grundlage gedient hatten, ist in der amerikanischen Kriegsstrafjustiz ungewöhnlich. Im Juni bereits ist die Strafmilderung von General Clay gebilligt worden. Und auf den Einwand, die Bekanntgabe dieser Verfügung komme nach drei Monaten ziemlich spät, konnte der General selbst nichts anderes tun, als nicken.

Inzwischen sind die Unterlagen und Beweisstücke, darunter die Lampenschirme und Bucheinbände aus Menschenhaut, aus den Gerichtsakten der US-Armee verschwunden. Das US-Hauptquartier vermutet, daß sie von Souvenir-Jägern nach Amerika mitgenommen wurden.

„Ilse-Bilse, keiner willse, kam der Koch und nahmse doch“, sangen die Kinder in der SS-Siedlung beim KZ Buchenwald.



Von Tietz gebadet: Ilse Koch
Frauen nicht zugelassen

Mütter und Frauen der SS-Führer schauten voll Haß zum Hause ihrer rothaarigen Kommandeuse.

Am 1. August 1937 war Koch Lagerkommandant von Buchenwald geworden. Ein Jahr später heiratete er, der 1931 als Alleinschuldiger von seiner ersten Frau geschieden worden war, die Stenotypistin Ilse Köhler aus Dresden.